

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erhebt täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 10 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 4.70 Mk., im voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 5 Mk. Einzelne Nr. 20 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 48 mm breit 75 Pfg., Reklamezeile 88 mm breit 2 Mark, die dreispaltige Zeile im amtlichen Teile 1.50 Mk. Anweisung auf Anzeigen 1 Peltt-Zeile 50 Pfg. Nachwechslungsgebühr 25 Pfg. Nachschlag nach festem Tarif.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 4436.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg.

Anzeigenannahmestelle Vorm. 9 Uhr am Ausgabestag. Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Berggasse 23. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirler Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Emil Möbbius; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Ems Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter.

Gemeindeverbandskassentante Waldenburg Sa. Nr. 16. Bankkonto: Vereinsbank zu Coburg Geschäftsstelle Waldenburg Sachsen.

Nr. 11.

Freitag, den 14. Januar

1921.

Witterungsbericht aufgenommen am 13. Januar, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 750 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 9° C. (Morgens 8 Uhr + 9° C. Tiefste Nachttemperatur + 7° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamprechts Polymeter 77%. Taupunkt + 5°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 4.6 mm. Daher Witterungsaussichten für den 14. Januar: Neigung zu Niederschlägen.

Sturz der französischen Regierung.

Die Reichsregierung verlangt von der Entente Abhilfe der unerträglichsten Zustände in Oberschlesien.

Die Streikabstimmung der Eisenbahner hat nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit ergeben.

Die Reichsregierung soll Belgien eine Kriegsentuschädigung von 7 Milliarden Mark angeboten haben.

Sofrat Rosenthal scheint sich in Berlin aufzuhalten.

Die Finanzministerkonferenz in Bamberg nahm Stellung gegen die Erzbergerische Finanzpolitik.

Der frühere Reichskanzler Müller sprach in Leipzig über innere und äußere Politik.

Die mecklenburgische Regierung ist zurückgetreten.

In Wien und Prag ist ein Poststreik ausgebrochen.

In der französischen Kammer hat sich eine Kommunistenfraktion gebildet.

Das französische Ministerium mußte gehen, weil es Deutschland gegenüber nicht scharf genug war.

Der au Italien ausgelieferte Zeppelein wurde zerstört.

Wegen unzureichender Ernährung hat die spanische Gesandtschaft in Warschau ihren Sitz nach Danzig verlegt.

Unter den Truppen des Generals Wrangel ist eine Meuterei ausgebrochen.

In der Neujahrsnacht wurde Petersburg von einem Riesenbrand heimgesucht.

Amerika droht einzugreifen, falls Frankreich ohne Grund gegen Deutschland vorgehen sollte.

Waldenburg, 13. Januar 1921.

Die französische Regierung ist gestern Nachmittag plötzlich gestürzt worden. In der Kammer lagen mehrere Interpellationen über die auswärtige allgemeine Politik vor, deren sofortige Besprechung verlangt wurde. Die Regierung war dagegen, sie wünschte Vertagung, was die Kammer ablehnte. Die Folge war die Demission des Kabinetts. Der Ententeturm hat offenbar einen starken Riß bekommen. Amerika ist aus der Vorschasterkonferenz ausgetreten, ja es hat sogar gedroht, einzugreifen, wenn Frankreich noch weitere deutsche Gebiete besetzen sollte. Es wird wohl oder übel genötigt werden, seine übermäßigen Ansprüche an Deutschland einzuschränken.

Über die Höhe der Entschädigungssumme, die Deutschland zahlen soll, wird später verhandelt werden. Nach einer englischen Meldung will sich Frankreich auf den Standpunkt stellen, daß es besser sei, mit kleinen Zahlungen zufrieden zu sein und diese durch deutsche Lieferungen von Rohmaterialien und Fertigwaren zu ergänzen. Im Laufe des Januar wird die Finanzkonferenz in Brüssel ihre Verhandlungen fortsetzen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. Die Verhandlungen sind bereits einmal verschoben worden, es ist leicht möglich, daß sich noch ein weiterer Ausschub ergibt, denn ein Ministerwechsel in Paris wird natürlich die Verhandlungen in Brüssel nicht unbeeinträchtigt lassen, wenigstens äußerlich nicht. Tatsächlich ändert sich freilich in der Leitung der Geschäfte Frankreichs nichts, der Präsident Millerand, früherer Premierminister, hat seinen Einfluß auf die Regelung der Beziehungen zu Deutschland nicht aus der Hand gegeben. Und Millerand war als Minister der Schaler Clemenceaus, des erbittertsten Feindes von Deutschland. Millerand in Paris und Lloyd George in London sind nach wie vor die beiden Männer, die über unsere Zukunft zu entscheiden haben, die zugleich den charakteristischen Typus der französischen und englischen Politik darstellen.

Für das chauvinistische Frankreich ist die glanzvolle Macht das Ziel seiner Bestrebungen, für das nüchterne, geschäftstüchtige England ist die Macht nur Mittel zu dem Zweck, sich Kaufmannsgewinn zu sichern. Der Briten ist kein Soldat: Lloyd George hat sich in Spaa selbst einen Geschäftsmann genannt, der auf praktische Dinge sehen mußte.

Frankreichs Politik schaltet ein neu erstarktes Deutschland aus, England hat Interesse an einem arbeitsamen, effizienten Deutschland, nachdem die Konkurrenz als Seekriegsmacht aufhört hat. England vergißt nie die Zeiten der Kontinentalperre des ersten Napoleon, und wenn eine solche auch wohl schnell wiederkehren wird, so kann doch ein ruhmfüchtiges Frankreich den britischen Einfluß auf dem europäischen Kontinent lahm legen und das duldet England wegen seiner Beziehungen zu Indien nicht.

Die Franzosen wissen, daß man in England in der Wahl der Mittel nicht wählerisch ist, wenn es gilt, englische Lebensinteressen wahrzunehmen. Lloyd George und Millerand wissen beide ganz genau, welche Möglichkeiten sich in Zukunft, früher oder später, zwischen Frankreich und England ergeben können, aber sie hätten sich beide wohlweislich, von diesen „lechten Dingen“ zu reden. Darum bleiben sie aber doch der Schlüssel für die Behandlung Deutschlands in der großen Geldfrage. Lagen die Dinge nicht so, hätte man längst darüber einig sein können.

Die Lähmung der Kaufkraft und die Arbeitslosigkeit in allen Ländern nehmen zu, und den Franzosen kann nicht mehr verborgen bleiben, daß die übrigen Staaten, und besonders die kaufmännischen Nationen Amerika und England, es sich nicht mehr gefallen lassen können, der französischen Gläubiger wegen auf einen neu aufblühenden Handel zu verzichten. Jedes Eingreifen Frankreichs in Deutschland schafft neue Krisen, in dieser Beziehung muß also gestoppt werden. Aber auf sein Endziel, Deutschland niederzuhalten, verzichtet Frankreich nicht, und dazu dienen die Kriegskostenzahlungen.

Die französische Regierung will der Welt beweisen, und darin widerspricht England zunächst nicht, daß wir bei parlamentarischer Wirtschaft ein tüchtiges Stück Geld oder Geldeswert zahlen können. Ihre Taktik richtet sich deshalb nicht gegen die von uns behauptete und auch tatsächlich vorhandene Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, sondern gegen unsere Ausgaben, die durch ihre Höhe das deutsche Finanzelend verschuldet hätten. Daß diese hohen Ausgaben durch die schlechten deutschen Ernährungsverhältnisse veranlaßt sind, darüber geht Paris fort, denn anderswo ist das Leben auch teurer.

Es ist nicht genügend, daß England diesem französischen Wege folgen wird; es wird, wie zu hoffen ist, den totalen deutschen Zusammenbruch, vielleicht im Bunde mit Amerika, verhindern. Aber deshalb wird Frankreich noch nicht auf seine letzten Ziele verzichten, und auch England wird uns noch keinen vollen Freipaß verabsolgen. Einzelheiten müssen wir abwarten, wir müssen zugleich durch unsere Arbeitslosigkeit beweisen, daß die Welt die deutsche Produktion tatsächlich nicht entbehren kann, daß wir auch wirklich zu sparen vermögen, das heißt für uns, aber nicht für andere. England und Frankreich haben ein großes Interesse daran, sich einen kaufkräftigen Kunden, der Deutschland war, zu erhalten; sie werden deshalb dafür eintreten, daß der Vernichtungswille, von dem Frankreich Deutschland gegenüber beherrscht wird, nicht ins Maßlose geht. In Amerika weht jetzt ein anderer Wind, er ist so stark, daß er jetzt die französische Regierung weggeblasen hat. Auch Frankreichs Bäume wachsen nicht in den Himmel.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Reichskabinett hat sich mit den Forderungen der Beamten beschäftigt und beschlossen, vor endgültiger Beschlussfassung die Finanzminister der Länder zu hören und wegen der Deckungsfrage eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften herbeizuführen.

Der Ende voriger Woche zu Bamberg abgehaltenen Konferenz einzelstaatlicher Finanzminister wird eine besondere

Bedeutung beigemessen, weil sie trotz aller versöhnlichen Worte doch zweifellos als der Beginn eines Zusammenschlusses gegenüber der Finanzpolitik des Reichsfinanzministeriums und als Auflehnung wider das von Erzberger geschaffene unheilvolle Abhängigkeitsverhältnis der Einzelländer vom Reiche anzusehen sei. Die Anregung zu dieser Konferenz ist von Thüringen ausgegangen, während Bayern die Einladung an die übrigen Einzelstaaten übermittelt und dann auch den Vorstoß übernahm.

Auf dem Preußentage der Deutschen Volkspartei sprach am zweiten Sitzungstage, Montag Vormittag, zunächst die Landtagsabgeordnete Frau Garnig über die Frauen in der Politik und gedachte dabei besonders der Königin Luise und der Kaiserin. Dann wandte sich Professor Dr. Leidig in längerem Vortrag über Verfassung und Wirtschaft gegen den Versailler Frieden, der aller Kultur Hohn spreche. Er schloß unter stürmischem, langanhaltendem Beifall mit einem Treugelübde für die Hohenzollern. In der Nachmittags-Sitzung vertrat Fabrikarbeiter Schrader aus Leipzig die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft an die Partei. Er wandte sich gegen die Sozialisierung, die nichts weiter als ein feindlicher Akt gegen die Arbeiterschaft sei und das Todesurteil für die deutsche Industrie bedeuten würde. Die Arbeiterschaft wolle sich als die Macht am Rhein betrachten. Ferner sprach Stadtverordneter v. Eynern-Berlin, Arbeiter Steiner-Essen und Regierungspräsident a. D. v. Kamp- Hannover. Frau Mühsam-Berlin forderte die Deutsche Volkspartei auf, dafür einzutreten, daß die Hausfrauentätigkeit als Beruf anerkannt werde. Stadtrat Dr. Hofmann-Königsberg äußerte den Wunsch, daß den Arbeitern fiskalisches und städtisches Land als Eigentum überlassen werde. In der Abstimmung wurde der Wahlausruf einstimmig gebilligt. Mit einer Schlußansprache des Vorsitzenden Dr. v. Krause wurde der Preußentag geschlossen.

Die deutsche Regierung hat das französische Angebot, den Eltern des bei einer Tanzbelustigung in Ingelheim von französischen Soldaten ermordeten Mädchens 25.000 Franken Sähnegeld zu zahlen, als ungenügenden Schadenersatz abgewiesen.

15 Milliarden Ausfall an Zoll und Steuern für Zigaretten aus dem Auslande sind nach vorgenommener Schätzung in den beiden letzten Jahren an unserer Westgrenze zu konstatieren, den der Schmuggel verschuldet hat. Schmuggel-Zigaretten sind dort für 20-30 Pfg. zu haben, während sonst der Selbstkostenpreis nicht unter 60 Pfennigen beträgt.

Einen interessanten Bericht über die Stellung der amerikanischen Regierung zur Entwaffnungsfrage geben die „New York Times“. Es heißt da: „Die amerikanische Regierung habe die französische Behauptung, Deutschland verlege den Vertrag böswillig und komme den einzelnen Verpflichtungen nicht nach, aufmerksam geprüft und habe Grund zu der Annahme, eine derartige Behauptung verberge nur den schlecht verhehlten französischen Wunsch nach Befestigung der Rheinprovinz. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes voller Unruhe verfolgen und nicht verfehlen, einzugreifen, falls Frankreich ohne Grund gegen Deutschland vorgehen sollte. Die amerikanische Regierung widerspreche der französischen Auffassung, daß Frankreich berechtigt sei, das linke Rheinufer zu besetzen, weil die Vereinigten Staaten und in der Folge daher auch England das geplante Defensivabkommen mit Frankreich fallen gelassen hätten.“

Die Reichsregierung soll dem deutschen Vertreter in Brüssel Instruktionen erteilt haben, dahingehend, Belgien eine Zahlung von 7 Milliarden Mark als Kriegsentuschädigung anzubieten. Die Zahlung soll noch im Laufe des Januar erfolgen.

Im Reichsfinanzministerium trat am Mittwoch die Konfe-

renz der deutschen Finanzminister zur Beratung der Beamtenfragen und der Frage der Deckung des Reichsdefizits zusammen.

Die aus Sozialisten und Demokraten zusammengesetzte geringe Mehrheit des mecklenburgischen Landtages hat ein Misstrauensvotum gegen das rechtsstehende Ministerium Reinkens angenommen, worauf das Ministerium zurückgetreten ist.

Die Reichsregierung hat der Botschafterkonferenz und den Regierungen in London, Paris und Rom eine Note überreichen lassen, die die unerträglichen Zustände, die sich in Oberschlesien seit dem Augustaufstande herausgebildet haben, schildert und deren Abhilfe energisch fordert.

Für die ehemals preussisch hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirke liegt jetzt das endgültige Ergebnis der Streikabstimmung der Eisenbahner vor. Danach haben von insgesamt vorhandenen 319,732 Beamten nur 73,5 Prozent, nämlich 235,000 Beamte, an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben nach Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 192,953 Beamte, also 60,3 Prozent der Beamenschaft, gestimmt. Es ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentsatz der für den Streik stimmenden Beamten noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 Prozent, zurückgehen wird. Jedenfalls ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit unter der gesamten Beamenschaft nicht zustande gekommen.

Es steht nunmehr endgültig fest, daß die Brüsseler Konferenz der Finanzfachverständigen erst nach Beendigung der Pariser Konferenz des Obersten Rates wieder aufgenommen werden wird. Nichtsdestoweniger haben im Berliner Auswärtigen Amt die Vorbereitungen für Brüssel begonnen. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich in Brüssel besonders daraus, daß die deutschen und die französischen Schätzungen über die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der gegenwärtigen deutschen Produktion weit auseinandergehen. Es gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der gegenwärtig in Berlin stattfindenden Besprechungen, gerade über diesen Punkt sichere, unzweifelhafte Tatsachen zu gewinnen, da die vorhandenen Angaben nach mancher Richtung der Ergänzung bedürfen. Eine besondere Bedeutung werden ferner im weiteren Verlauf der Konferenz die Fragen der industriellen Organisation der deutschen Lieferungen erlangen. Die Reichsregierung hat daher den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagen, daß neben den Herren Staatssekretär Bergmann, Reichsbankpräsident Havenstein, die vom Reichsverband der deutschen Industrie benannten Herren Generaldirektor Böglar und Kommerzienrat Peter Klöpper als deutsche Delegierte bei den weiteren Verhandlungen teilnehmen. Zur Beratung aller dieser Fragen, sowie der gesamten Fragen, die sich aus dem Notenwechsel über die Entlastung ergeben, ist am Dienstag, früher als ursprünglich beabsichtigt, auch der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten. Seine bisherigen Besprechungen waren vertraulich.

Die Kohlenvorräte der deutschen Eisenbahnen sind so gering, daß mit einer Einschränkung des Personenverkehrs

gerechnet werden muß. Und Frankreich weiß nicht wohin mit den Kohlen.

Der amerikanische Dampfer „West Arrow“ wird im Laufe des Januar mit 742 amerikanischen Milchkühen in Bremen eintreffen.

Der Staatsrat Thüringens hat auf Antrag der Gotthar Regierung die Gotthar Landesversammlung aufgelöst und Neuwahlen angeordnet.

Österreich-Ungarn.

Die Bundesregierung hat die Vorlage über die Bestrafung der Preistreibereien, des Schleichhandels und anderer ausbeuterischer und der Versorgung der Bevölkerung gefährdender Handlungen dem Nationalrate unterbreitet. Der Entwurf sieht eine beträchtliche Verschärfung der Strafvorschriften vor.

Frankreich.

Die französische Regierung wird, wie aus Paris gemeldet wird, auf der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates beantragen, daß Deutschland aufgefordert wird, innerhalb kurzer Frist die schweren Waffen der bayerischen Einwohnerwehren, nämlich Geschütze, Flugzeuge, Minenwerfer, Flammenwerfer und schwere Maschinengewehre, auszuliefern. Ein Teil der leichten Maschinengewehre und die Tragwaffen sollen den Organisationen vorläufig belassen werden.

In der französischen Kammer hat sich eine kommunistische Gruppe mit 12 Abgeordneten gebildet. 52 Abgeordnete sind der alten sozialistischen Fraktion treu geblieben, 6 Abgeordnete haben sich ihre Erklärung vorbehalten.

Italien.

Das an Italien abgelieferte Zeppelin-Luftschiff erlitt bei der Landung nach einer Probefahrt vor dem König Beschädigungen, die die Auswechslung einiger Teile notwendig machten. Man wandte sich an Deutschland, erhielt aber zur Antwort, daß nichts dergleichen mehr vorhanden sei. Darauf wurde der Zeppelin zerstört.

Bulgarien.

Der junge König Boris von Bulgarien wird sich demnächst mit der 21 Jahre alten Tochter des rumänischen Königs Paares Prinzessin Maria verloben.

Türkei.

Unter den zurzeit auf Gallipoli weilenden Truppen des Generals Brangel ist eine gefährliche allgemeine Meuterei ausgebrochen. Englische, französische und russische Offiziere wurden ermordet, die Meuterer marschieren auf Konstantinopel, wo die türkischen Truppen mit ihnen sympathisieren.

Aus dem Muldentale.

Waldenburg, 13. Januar. Das sächsische Ministerium hat aus Sparmaßregeln die Veröffentlichung amtlicher Nachrichten gegen Bezahlung auf ein Minimum beschränkt. Die Zeitungen sollen Auszüge unentgeltlich bringen. Von der Post, Eisenbahn, Regierung usw. wird „im Interesse der Bevölkerung“ andauernd um kostenlose Aufnahme oft recht umfangreicher Mitteilungen ersucht. Von beteiligter Seite wird die Frage aufgeworfen: Was würden jene Stellen dazu sagen, wenn die Presse von ihnen gleichfalls Vergünstigungen verlangte, etwa kostenlose Benutzung des Fernsprechers, freie

Beförderung von Briefen, eine unentgeltliche Eisenbahnfahrt und dergl.? Keinem Geschäftsmann mutet man zu, Arbeiten umsonst auszuführen, lediglich an die Presse stellt man solches Ansuchen, obwohl man weiß, daß ihre Arbeiter und Angestellten sich nicht aus Langeweile in ihren Dienst stellen.

Die sächsischen Handelskammern haben im vorigen Sommer beim Wirtschaftsministerium um die Genehmigung zur Ausgabe von öffentlichem Notgeld für ganz Sachsen nachgesucht. Nunmehr hat das Wirtschaftsministerium die erbetene Genehmigung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium abgelehnt. Die Münzwerkstätten des Reiches arbeiten, so heißt es in dem Bescheid des Ministeriums, mit allen Kräften an der Herstellung von Kleingeld, und in neuester Zeit sei vom Reichsrat die weitere Ausprägung von 50 Millionen Mark bewilligt worden. Weiter hoffe das Ministerium, in nächster Zeit mit der Ausgabe des zum größten Teil bereits fertiggestellten Porzellangebils beginnen zu können.

Zur schnelleren Wiederauffüllung der durch die Maul- und Klauenseuche verringerten Viehbestände sind die im Juni angeordneten verschärfsten Maßregeln zur Überwachung des eingeführten Klauenviehs erleichtert worden. Danach darf die polizeiliche Beobachtung des eingeführten Viehes unter Teilung der Sammeltransporte ganz oder teilweise auch bei dem Abnehmer eines Teiltransportes stattfinden, falls der Bezirksleiter keine Bedenken hat. An ihn sind Anträge solcher Art zu richten.

Die Zuderzeugung in den deutschen Fabriken betrug im November 23,12 Millionen Zentner, im Dezember 21,6 Millionen. Die Zwangswirtschaft soll im Herbst aufgehoben werden.

Nach einer soeben erschienenen Verordnung des Kultusministeriums haben die Erziehungspflichtigen in Sachsen bei der Anmeldung von Kindern zum Besuch der Volksschule den Schulleitern zu erklären, ob die Kinder am Religionsunterricht teil nehmen sollen oder nicht.

Das Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechwegen im Ober-Postdirektionsbezirk Chemnitz soll als amtliches Fernsprechbuch für den Ober-Postdirektionsbezirk Chemnitz neu aufgelegt werden. Anträge auf Änderung oder Vollständigung der Eintragungen sind spätestens bis 10 Februar d. J. schriftlich an diejenige Verkehrsankalt abzugeben, an die der Anschluß besteht.

Altkadt Waldenburg, 13. Januar. In der Töpferei des Herrn Reinhard Chares wurde von Herrn Amtshauptmann Freiherrn v. Wolf im Beisein von Herrn Gemeindevorstand Hartig und Herrn Töpferobermeister Reinhard Chares an Herrn Moritz Römer für 50jährige Tätigkeit in der Töpferei des Herrn Chares eine Ehrenurkunde überreicht.

Altkadt Waldenburg, 12. Januar. Einen recht erfreulichen klingenden Erfolg hatte der hiesige Gesangsverein „Verebrant“ mit seinen bisherigen Aufführungen der Saligen Operette „Wingeliesel“ v. Mielke. Der Reingewinn beträgt 1600 Mk., von welchem der Gemeindefrankenkasse 800 Mk. und der Schule zur Beschaffung eines Lichtbildapparates 700 Mk. zusteßen. Nächsten Sonntag die vierte Wiederholung statt. Eine fünfte und letzte muß der Verein wohl

Gabriele.

Roman von Rudolf Elcho.

30)

(Fortsetzung.)

Diese Prophezeiung erfüllte sich bei der Testamentserröffnung, welche zwei Tage nach der Bestattung in Gegenwart aller Familienangehörigen, des Vater Konstantin, des alten Luzzi, und des fürstlichen Güterverwalters von dem Notar des Städtchens vorgenommen wurde. Zum Schauplatz des feierlichen Aktes hatte man den Salon der Erblasserin gewählt, dessen weiße Wandflächen mit schweren Studornamenten in Altgold bedeckt waren und auf dessen Plafond sich schwebende Engelchen zeigten, welche den weißen Lüster mit Rosenketten umwanden. Ein in zarten Farben gehaltener und mit der Fürstentrone geschmückter Teppich bedeckte den Parkettboden und der Sachwalter nahm vor einem Tische Platz, dessen goldumranderte Platte aus mexikanischem Sphenit bestand. Von den Wänden schauten die lebensgroßen Bildnisse der Eltern der Fürstin herab. In einer Nische stand das Marmorbild des Verkrenzigten. Alles trug in diesem Salon den Stempel der Vornehmheit und der Reibigkeit, welcher die Altasporrieren beiseite schob, um den Gästen den Weg frei zu machen, untersand sich in der äußeren Erscheinung sehr wenig von einem königlichen Hofjägermeister. Der alte Luzzi nahm respektvoll hinter dem Prinzen Edgar seinen Platz ein, und als er bemerkte, wie die Mittagssonne die Goldverzierung traf und unter den Strahlen derselben Milliarden seiner Goldstäubchen aus dem weichen Schatten hervorwirbelten, ging leise durch sein zufriedenes Gemüt der Gedanke: In diesem Schlosse wandelt sich die Luft, die man atmet, in Gold.

Der Notar setzte bedächtig seine Brille auf, öffnete feierlich das Siegel und las dann in trockenem Geschäftston den letzten Willen der Verstorbenen. Luzzi lauschte nur mit halbem Ohr auf die breite, etwas gewundene Einleitung. Im Grunde war ihm das Testament ziemlich gleichgültig, denn ob der Gatte oder der Sohn der Fürstin zum Universalerben ernannt wurde, konnte ihm einerlei sein, verfügte er doch über Dokumente, welche ihm gestatteten, dem einen wie dem andern Erben einen ansehnlichen Teil der Hinterlassenschaft abzunehmen. Eben hatte seine Hand die Brusttasche befüllt, um sich zu vergewissern, daß die mitgebrachten Schuldschreibungen noch vorhanden seien, da schlugen seltsame Worte an sein Ohr, die ihm mit einem Schlage aus seiner Sicherheit schreckten. Hatte er recht gehört? Der Notar war zu folgender Stelle gelangt: „Da mir die Fürstentrone nur Enttäuschungen, die Kirche dagegen

erhebende Trübsungen brachte, so habe ich während der letzten Lebensjahre einen Teil meines Vermögens, das freilich durch die steten Anforderungen meines Gemahls schon beträchtlich zusammengeschnitten war, teils dem heiligen Vater in Rom, teils wohlthätigen Anstalten zugewendet. Es bleiben mir noch 500 000 Francs, die ich meinem Sohn Edgar zu Harvede mit der Bestimmung hinterlasse, daß das Kapital von den Testamentsvollstreckern bis zu seinem 28. Lebensjahre oder zu seiner Vermählung verwaltet werden soll. Bis dahin wird er nur die Zinsen erhalten. Da mein Sohn, gleich seinem Vater zur Verwundung neigt, so muß ich die Summe sicher stellen, bis er zum Manne gereift, oder durch seine Verheiratung zu ernstere Lebensauffassung gelangt ist.“

Bei dieser Stelle schnellte Fürst Leopold von seinem Sessel auf. Ein heftiges Beben erschütterte seine Gestalt, sein Gesicht wurde fahl, seine Augen funkten, aber er besaß noch immer so viel Selbstbeherrschung, um in stolzer Haltung und erzwungener Ruhe zu sagen: „Ich protestiere gegen die weitere Vorlesung dieses letzten Willens, den nicht die Fürstin, sondern ein falscher Freund diktiert hat.“

„Eure Durchlaucht irren!“ erwiderte der Notar und nahm die Brille ab. „Dieses Testament ist in Gegenwart zweier Zeugen von Ihrer Frau Gemahlin mir persönlich in die Feder diktiert worden und hat durch die Unterzeichnung der Erblasserin Rechtskraft erlangt. Im übrigen enthält es noch die Erklärung, daß, falls dieser letzte Wille durch den Erben angefochten werden sollte, diesem nur der Pflichtteil ausbezahlt sei, der Rest aber dem Vater Konstantin zu beliebiger Verwendung übergeben werden muß.“

Der Fürst schwieg, der Chef des Hauses Luzzi aber redete, denn ihn brachte die furchtbare Enttäuschung zur Raserei: „Betrogen, schändlich betrogen!“ schrie er plötzlich und drängte sich am Fürsten vorbei zum Tische des Notars hin. „Ich bin das Opfer dieser Gauner! Jahrelang hat dieser würdige Fürst meine Kassen geplündert unter Verstrickung auf die Millionen seiner Frau. Dann hat sich der edle Prinz in mein Haus geschlichen und Bürgschaft für seinen Vater geleistet, obgleich er wußte, daß er genau ein eben solcher Lump sei wie jener. Ich bin der Ausgezeichnete, der Geschändete, das arme Opfer dieser Viedermänner. Pfui Teufel!“

Welter kam der wutberauschte Finanzmann nicht. Mit einem festen Griff brachte Fürst Leopold den Schreier zum Schweigen, dann warf er ihn dem herbeigekommenen Leibjäger in die Arme und sagte: „Bringen Sie diesen Lobsüchtigen in das Krankenzimmer und sorgen Sie für einen Arzt.“ Als der zappelnde Luzzi hinausgeschleppt war, hatte der Fürst seine volle Ruhe wiedererlangt.

„Machen wir dieser peinlichen Szene ein Ende.“ sagte

er zu den schreckensbleichen Zeugen. „Sie, Herr Notar, erhalten noch im Laufe des Tages unsere formelle Erklärung, daß wir gegen die Ausführungen der Testamentsbestimmungen Protest erheben und die gerichtliche Entscheidung anrufen werden.“

VIII.

Am Tage nach Luzzis Rückkehr erfolgte die Insolvenz-Erklärung des vielbenediteten Bankhauses Luzzi und Sohn. Den Gläubigern fielen das stolze Patrizierhaus und das bewegliche Mobiliar der Familie, sowie die auf den Fürsten zu Harvede lautenden Schuldverschreibungen zu. Der Fall der Luzzis zog naturgemäß den seines Schuldners nach sich, denn Fürst Leopold war außer stande, Geld aufzutreiben. Er mußte es dulden, daß seitens der neuen Gläubiger eine Administration zur Verwaltung seiner Güter eingesetzt wurde und daß man ihm von seinen reichen Einkünften nur ein Jahresgehalt von sechstausend Talern ließ. Da er es für ganz unmöglich hielt, mit einer solchen Bagatelle standesgemäß zu leben, so verließ er das Schloß und kam mit dem Prinzen Edgar nach Frankfurt, wo er einen tüchtigen Rechtsanwalt für die Unterhandlungen mit seinen Gläubigern und behufs Führung seines Erbschaftsprozesses suchte.

Der Bankbruch der Luzzis stellte sich für die Beteiligten als ein so gelinder Streich dar, daß Sidor förmlich stolz auf die Regulierung war. Es ergab sich, daß den Gläubigern dreihundertdreißig Prozent ihrer Forderungen blieben. Zwar dauerte es voraussichtlich zehn bis zwölf Jahre, bevor die Administration das Geld aus den fürstlichen Gütern herausgezogen, aber die Forderung war sicher und dreihundertdreißig Prozent konnten immerhin in Anbetracht der wilden Börsenspekulation als ein günstiges Resultat gelten. Die Luzzischen Altiva hätten noch vermehrt werden können durch das Guthaben der Firma bei dem toten Max, allein da dieser Prinz nichts beisaß und dessen Vater für die Schulden seiner Kinder nicht aufkam, so blieb diese Forderung vorläufig ein Wechsel auf des Prinzen Erbe. Dagegen die Geschäftsfreunde Luzzis schon nach kurzer Zeit sich geneigt zeigten, den Gestürzten wieder aufzuhelfen, so ließ sich Frau Bertha doch die gute Gelegenheit nicht entgehen, die Rolle der Unglücklichen zu spielen. Sie erschien auf der Straße in einem schmucklosen grauen Anzug, der von ihren Bekannten als das „Bankerottkleid“ bezeichnet wurde; sie brach den gesellschaftlichen Verkehr ab, schritt gesenkten Hauptes an ihren Freunden vorbei, kurz, sie beobachtete eine Art von Galbrauer. Gleichwohl blieben die Luzzis in dem prächtigen Hause wohnen, bis dessen Verkauf vollzogen werden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

oder äbel in Erwägung ziehen, da für diese schon wieder so viele Plätze vorgemerkt sind, daß sich ein Vorverkauf erübrigt.
Falken, 13. Januar. Auf ein 25jähriges Bestehen kann in diesem Jahre der Landwirtschaftliche Verein, dessen Vorsitzender Gutsherr Paul Schubert ist, zurückblicken.

Wolkensburg, 13. Januar. Auf Abschnitt D, E und F der Nährmittellarten A und B werden 250 gr Hafersfloeden für 1,75 Mk., 500 gr Weizenmehl für 4,65 Mk. und 250 gr Erbsen für 1,50 Mk. verteilt.

In Glauchau hat sich eine Baugenossenschaft „Kleinheim“ gebildet, die 42 neue Wohnungen errichten will. Die Baukosten werden auf 3 1/2 Millionen Mark berechnet. Der Reichszuschuß hierzu wird gewährt, wenn die Gemeinde ein Drittel zuschießt. Ferner wird als Hofstandsarbeit der Bau der Scherbergbrücke geplant, der 4 Millionen Mark kosten soll. Ferner sollen für Postbeamte 12 neue Wohnungen gebaut werden.

Am Sonnabend in den späten Abendstunden sind aus dem Magazin der Horkwerke in Zwickau unter erschwerten Umständen 21 Magnet-Apparate im Werte von 50,000 Mk. gestohlen worden. Vor Anlauf wird gewarnt.

Die Inhaber von Privatkliniken im Kreise Zwickau haben sich zu einem Kreisverband der ärztlichen Privatkliniken in Zwickau zusammengeschlossen.

Die Einwohnerzahl der Stadt Aue betrug am Schlusse des Jahres 1920 20,168 und hat damit trotz der bestehenden Wohnungsnot die Höhe vor dem Kriege wieder erreicht.

Aus dem Sachsenlande.

Im sächsischen Landtag wurden am Mittwoch zunächst einige kurze Anfragen beantwortet, die sich auf gefährdete Urkunden im Hauptstaatsarchiv und die Schaffung eines Landes Eisenbahnrates bezogen. Dann wurde die Aufstellung des Staatsvertrages zwischen Sachsen und den Fürstentümern Neuchâtel in Schlußberatung genommen, betr. Anschluß der Fürstentümer an das sächsische Oberverwaltungsgericht. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Dann folgte Beratung des Gesetzes über eine weitere Verlängerung der Wahldauer des Landeskulturrates. Der Vorlage wurde zugestimmt, ebenso der Vorlage über die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts für Volljährigkeitserklärungen. Das Gesetz tritt am 1. Februar in Kraft. Auch dem Gesetz über Aufhebung des Gesetzes über die Besugnis zur Ausschließung säumiger Abgabepflichtiger von öffentlichen Vergnügungsorten wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen zugestimmt. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Deutschnationale Fraktion hat im Landtage folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: Das Ministerium des Innern hat am 7. Januar unter Berufung auf § 7, Abs. 3 der Landgemeindeordnung die Bereinigung der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz und Weißer Hirsch mit der Stadt Dresden verfügt, und zwar gegen den Willen dieser Gemeinden und gegen das Gutachten des Kreisauausschusses. Die Gründe, die bisher gegen diesen Eingriff in die Selbstverwaltung dreier Gemeinden bekannt gegeben sind, können diese Zwangsmaßnahmen nicht rechtfertigen, da auch nach ihnen ein Fall dringenden öffentlichen Interesses nicht vorliegt. Wie gedenkt die Regierung diese Maßnahmen vor dem Landtage zu begründen?

Die deutschnationale Fraktion im sächsischen Landtage hat an die Regierung die Anfrage eingebracht, ob es der Regierung bekannt ist, daß im Auftrage der Reichsgetreibe stelle in der Malzfabrik Löbau täglich 400 Zentner Weizen vermälzt werden und das daraus gewonnene Malz den Berliner Brauereien zugeführt wird, und was die Regierung zu tun gedenkt, um einer solchen zweckwidrigen Verwendung des an und für sich so knappen Brotgetreides entgegenzutreten.

Am 11. Januar sind im Finanzministerium zu Dresden Vertreter der Reichsregierung sowie der beteiligten 15 Länder zur Fortsetzung der Beratungen über die Uebertragung der Wasserstraßen auf das Reich zusammengetreten. In längerer Ausführungen vertrat der Staatsminister selbst auf die politische wie wirtschaftlich gleichbedeutenden Aufgaben, deren Lösung der Versammlung obliegt. Er bekundete die Bereitwilligkeit der sächsischen Regierung, an der Durchführung des großen Wertes tatkräftig mitzuwirken, gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich die so überaus wichtigen wasserwirtschaftlichen Interessen Sachsens nach Uebergang der Elbe, eines Kleinod im Besitz der Sachsen, erfolgreich wahrnehmen und namentlich auch die baldige Erbauung des Leipzig-Elster-Saale-Kanals in Verbindung mit dem Mittelrand Kanal durchführen werde.

Die Ziehung der Ersten Sächsischen Landeswohlfahrts-Gelbblotterie findet vom 17. bis 25. Januar in Dresden statt.

Am 15. d. traten in Dresden die deutschen Ernährungsminister zusammen. Das Hauptthema der Besprechung wird die Festsetzung der Mindestpreise für die Ernte 1921 sein. Weiter dürfte eine allgemeine Aussprache über die Ein- und Ausfuhr stattfinden.

In der letzten städtischen Pressekonferenz teilte der Dresdner Stadtschreiber mit, daß die Dresdner Straßenbahn trotz des erhöhten Tarifes einen städtischen Zuschuß von 15 Millionen Mark erfordere.

Der Verlust der Stadt Dresden bei dem Anlauf und der Abgabe des sächsischen Vorratmehles beträgt 2 1/2 Millionen Mark.

Bekanntlich war Dresden seit einigen Jahren durch Leipzig, nachdem dieses die hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Vororte einverleibt hatte, überflügelt worden. Jetzt aber wird Dresden, wenn es die Zwangsvereinbarung von Blasewitz, Loschwitz und Weißer Hirsch durchgeföhrt und außerdem die anderen finanziell weniger günstig gestellten 17

Vorortsgemeinden in sich aufgenommen hat, wieder größer als Leipzig werden. Der Zuwachs beträgt etwa 50,000 Einwohner.

Das erste Porzellangeld ist jetzt in Dresden zur Ausgabe gelangt. Aber nur wenige „Glückliche“ kamen in den Besitz dieser eigenartigen Münzen. Aller Voraussicht nach werden sie im öffentlichen Verkehr wohl gar nicht erscheinen, sie wandern vielmehr sogleich in die Sammlungen der Münzenliebhaber. Schon jetzt wird ein Preis bis zum 30fachen Wert der Münzen gezahlt. Die Erwartung, daß das Geld, weil es aus Meißner Porzellan, ein künstlerisches Gepräge zeigen werde, ist getäuscht worden. Das ziegelartige Geld ist unscheinbar und leider auch leicht zerbrechlich, wie Versuche bewiesen haben. Im Verkehr würden sich die Münzen, die die Münzen tragen, wahrscheinlich sehr bald abnutzen. Immerhin macht der Staat mit der Ausgabe dieses Geldes ein gutes Geschäft, zumal da die Bestellungen aus dem Auslande in immer größerer Zahl einlaufen.

Nachdem die Einwohnerwehr in Dresden aufgelöst worden ist, haben das Ministerium des Innern und die Stadt Dresden einen Vertrag geschlossen, wonach Dresden sich verpflichtet, einen Beitrag für drei neue Hundertschaften der Landespolizei zu gewähren. Als Beitrag der Stadt zunächst für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März sind 85,000 Mk. ausgemessen.

Dem Dresdner Ueberwachungsausschuß ist es gelungen, nachzuweisen, daß in einer Mühle des sächsischen Grenzgebietes innerhalb der letzten fünf Monate über 800 Zentner Getreide schwarz gemahlen worden sind. Daran sind Erzeuger mit 92 Prozent beteiligt.

Vor einer überfüllten Versammlung der Leipziger Mehrheitssozialdemokraten sprach Dienstag Abend im Volkshaus in Leipzig der frühere Reichsminister Hermann Müller über die innere und äußere Politik der deutschen Republik und behandelte dabei u. a. auch die Frage des Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Regierung. Die Sozialdemokraten könnten dazu nur bereit sein, wenn die zwingende Aufforderung der Arbeiterklasse es von ihnen verlangte und deren größten Interessen auf dem Spiele ständen. Zunächst aber solle dem Volke durch einen praktischen Anschauungsunterricht bewiesen werden, daß auch die jetzige bürgerliche Regierung trotz des bei den Wahlen verheißenen Wiederaufbaues tatsächlich keine Besserung herbeiföhren und abwickeln werde. Im Zusammenhang mit der Einwirkung der jetzigen deutschen Regierungspolitik auf das Ausland behandelte der Redner so dann die Völkerverständigung in Genf, wo sich schon manche einsichtige Stimme aus den Entente-Ländern für uns gemeldet habe. Ueber die russische Frage äußerte sich der Redner dahin, daß wir zwar die wirtschaftlichen Beziehungen so schnell wie möglich wieder herstellen, uns aber jede Einmischung Russlands in unsere innere Politik verbitten müssen, wie auch wir den Russen keine Vorschriften über ihr Regierungssystem machen wollten.

Die Spareinlagen der Sparkasse in Hohenstein-Ernstthal sind 1920 um 2 1/2 Millionen Mark auf 19 Millionen Mark gestiegen.

In der letzten ausgedehnten Stadtverordneten Sitzung in Hohenstein-Ernstthal wurden u. a. der Klaviersteuer und der Erhöhung der Hundesteuer nach längerer Aussprache zugestimmt, die Grammophonsteuer dagegen abgelehnt.

Der 34 Jahre alte Kaufmann Richard Meyer aus Misburg bei Hannover, der von den Staatsanwaltschaften Leipzig und Zwickau wegen Scheckwindelns in Höhe von über 300,000 Mark verfolgt wird, ist jetzt in Reichenbach festgenommen worden. Man fand bei ihm außer einem stark benutzten Scheckbuche nur noch einen Barbetrag von 100 Mark vor. Der Schwindler hatte die große Geldsumme in der leichtfertigen Weise durchgebracht.

Im Alter von fast 83 Jahren starb der Rechtsanwalt und Notar a. D. Justizrat Karl Stengel in Plauen, einer der ältesten Juristen Sachsens. Mit dem Verstorbenen ist auch einer der ältesten sächsischen Turner dahingegangen, der bereits aktiv an dem ersten deutschen Turnfest 1865 in Leipzig teilnahm und bis in sein hohes Alter der Turnerei treu geblieben ist.

Drei Fälle von echten Pocken sind in den letzten Tagen in Plauen i. V. festgestellt worden. Sie stehen miteinander in Verbindung. Umfassende Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Seuche sind getroffen worden.

In der Nacht zum Montag fielen kurz nacheinander drei in verschiedenen Stadtteilen in Freiberg stehende Scheunen mit den darin liegenden Getreide- und Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen einem zweifellos durch verbrecherische Brandstiftung entstandenen Feuer zum Opfer. Die Bekker trifft, trotzdem sie versichert waren, beträchtlicher Schaden.

In Meißner fand am Dienstag mittag vor dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft eine Arbeitslosenunterstützung statt. Die Teilnehmer hatten in einer Versammlung am Vormittag in der „Geißelburg“ die bekannten Forderungen der Kommunisten im Landtag für die Arbeitslosen durchgesprochen und begaben sich von da aus in geordnetem Zuge nach dem Markt, wo von den etwa 600 Teilnehmern eine Abordnung zum Oberbürgermeister entsandt wurde mit dem Ersuchen, die Stadt möge die Forderungen der Arbeitslosen vertreten und unterstützen. Diese Unterstützung ist, soweit sie in der Nacht der Stadt fehlt, vom Oberbürgermeister Dr. W. zugesagt und entsprechende Schritte sind bereits unternommen worden. Die Antwort des Rates wurde den vor dem Rathaus harrenden Arbeitslosen vom kommunistischen Stadtverordneten Kampfrats mitgeteilt und von diesen bis auf wenige Gegner für genügend erachtet. Der Zug begab sich dann in voller Ordnung nach der Amtshauptmannschaft, um dort die

Forderungen für die beteiligten ländlichen Arbeitslosen anzubringen.

Ein freches Gaunerstückchen wurde vor einigen Tagen in Walthersdorf verübt. Ein junger Mann wurde nachts gegen 2 Uhr von einem Fremden angesprochen und höflich um Angabe der Zeit gebeten. Als dieser nach seiner Uhr griff, um dem Verlangen nachzukommen, wurde ihm dieselbe von dem Fremden schnell entziffen, der unerkannt damit das Weite suchte.

In Gleisberg bei Kitzsch entstand im Grundstück des Gutsherrn Horn Feuer, durch welches das Gut zum Teil zerstört wurde.

Bermischtes.

Verhaftung zweier Kriegsmillionäre. Zwei typische Kriegsgewinnler wurden in Berlin in der Person des Agenten Martin Cohen und seines Teilhabers Avellis verhaftet. Die beiden „Geschäftsfreunde“, die noch vor wenigen Jahren fast mittellos waren, hatten es verstanden, sich bei der Verwaltung des Reichsbrandtweinmonopols als Handelsanwälte einzuschleichen und durch Vermittlung von Spirit-Einfuhr-Freigaben sowohl als auch Spritgeschäften auf eigene Rechnung Riesengewinne zu erzielen. Für das Liter eingeföhrt Spiritus ließen sie sich Preise von einer bis fünf Mark zahlen. Cohen besitzt jetzt nach seinen eigenen Angaben ein Vermögen von acht Millionen Mark, ferner ein Guthaben von zwei Millionen in Holland, eine Villa in Wannsee, Reitpferde und zwei Luxusautomobile. Beamte der Wucherabteilung beschlagnahmten die nach Millionen zählenden Wertgegenstände und Bankguthaben der beiden Schieber zur Eingziehung und Wahrung der Steuerinteressen.

Die teuren Fische. Die Fischhändler in Cuxhaven haben eine umfangreiche Verschiebung deutscher Fische nach dem Auslande festgestellt, und ein Kenner der Verhältnisse, ein Schweizer, ist der Frage nachgegangen, weshalb die zu enormen Preisen auf den großen Cuxhavener Fischmärkten erworbenen Fische nicht in Deutschland bleiben. Er teilt jetzt mit, daß die großen Auslandskäufe uns die Fische demnach verteuern, daß die deutsche Händlerchaft sie nicht mehr erwerben kann. Als Hauptabnehmer kommt nach seinem Feststellungen die Schweiz in Betracht. Dort hat der Fischimport, der während des Krieges völlig lahmgelegt war, inzwischen einen beträchtlichen Umfang angenommen und nähert sich bald der Friedenseinfuhr. Für die Konsumenten ist dabei das Erfreuliche, daß sich die Preise auf einer Basis bewegen, die weit unter dem normalen Fleischpreis sich erhebt. Für verschiedene Sorten existieren schon wieder die Vorkriegspreise. In den Städten sind bereits wieder die Fischmärkte eingeföhrt. Bedenkt man den heutigen Stand der Valuta, so fällt es für einen Schweizer nicht schwer, den Preis von 10 bis 15 Mark für ein Pfund Fische zu bezahlen.

Wirkliche Kriegsverbrecher. Das Reichsgericht fällt am Montag die ersten Urteile gegen Kriegsverbrecher. Es handelt sich um drei Fälle, die nicht auf der Auslieferungsliste standen. Angeklagt waren der Zimmermann Dietrich Voltmann aus der Gegend von Emden, der Schlosser Paul Riegel aus Berlin und der Schiffer Paul Sangerhauer aus Marienwerder bei Potsdam. Die Angeklagten waren im Oktober 1918 als Pioniere in das belgische Städtchen Ebingen in der Nähe von Lille eingezogen. Am Abend des 30. Oktober hatten sie eine Anzahl von Lokalen besucht und waren schließlich gegen 12 Uhr gewaltsam in eine Wirtschaft eingedrungen. Nachdem Voltmann den aus seinem Schlafzimmer heruntergehollenen Wirt mit einem entschärften Revolver und Riegel ihn mit einem Seitengewehr bedroht hatten, so daß er auf die Straße flüchten mußte, gingen alle drei Angeklagten nach dem ersten Stoß, erbrachen und durchwühlten mehrere Behälter und stahlen eine größere Geldsumme, eine Anzahl Wertsachen und warfen Wäsche und Kleider im Zimmer umher. Durch einen Hauptmann und mehrere hinzugekommene deutsche Soldaten wurden die Angeklagten Voltmann und Riegel sofort nach der Lat festgenommen. Es handelt sich also um gemeine Plünderer und das Gericht erkannte dementsprechend bei R. auf fünf, N. auf vier Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust und bei S. auf 2 Jahre Gefängnis.

Was uns die Rheinlandbesatzung kostet. Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ will aus amtlichen alliierten Kreisen erfahren haben, daß die Kosten der Aufrechterhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungstruppen im Rheinland seit dem Waffenstillstand betragen: Für das amerikanische Heer 163,474,170 Dollar (rund 19,7 Milliarden Mk.), für das britische Heer 51,900,890 Pfund Sterling (gleich 13,5 Milliarden Mk.), für das französische Heer 2,002,998,060 Francs (= 8,6 Milliarden Mk.), für das italienische Heer 15,207,717 Lire (= 38 Millionen Mk.), und für das belgische Heer 314,940,698 belgische Francs (= 1,4 Milliarden Mk.). Außer den in natura erfolgenden Lieferungen an die

In der Geschäftsstelle des **Schönburger Tageblattes** sind zu haben:

Röhlers Volksbücher.

Preis je 1 Mark.

1. **Wolf Nachwütsche.** Eine Bilderergeschichte aus Müdens Vorzeit von Hermann Koboltski
2. **Das Numienschiff.** Erzählung von Kapitän Otto Altmann.
3. **Ein Wiedersehen** und andere Erzählungen von Otto Altmann.
4. **Die Tochter des Kapitäns.** Eine Erzählung aus dem Seeleben von Kapitän Otto Altmann.

Befahrungsheere im Betrage von vielen Milliarden M. habe Deutschland in der bisher folgenden Summen gezahlt: Für das amerikanische Heer 608 Millionen, für das britische Heer 266 Millionen M. für das französische Heer 1,427,841,000 M., für das belgische Heer 49,185,000 M. Der Berichtsteller fügt hinzu, es sei bedauerlich, daß die Vereinigten Staaten in Brüssel nicht vertreten seien, wenn die Frage der Befahrungskosten erörtert werde, denn ein Vergleich zeige, daß die Aufkosten des kleinen amerikanischen Heeres im Verhältnis zu denen des französischen phantastisch seien. Uebrigens betragen nach neuester Schätzung amtlicher amerikanischer Persönlichkeiten die Aufkosten für das amerikanische Heer jetzt 80,000 Dollar täglich oder 6 Millionen M. — Vielleicht könnte man an diesen Stellen mit der Entwaffnung beginnen, dieser Entwaffnung würde Deutschland keinen Widerstand entgegensetzen.

Mörder. In Nordhausen schüttete eine rabiate Frau ihrer Hauswirthin im Verlaufe eines Wortwechsels eine Schaufel glühender Kohlen und dann einen Eimer kalten Wassers ins Gesicht. Die Ueberfallene mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — In Erlangen wurde der Marine Oberpostmeister Philippi der Fluchtation Nordberney, der 150,000 Mark amtliche Gelder unterschlagen hat, verhaftet. Es wurden bei ihm noch 1000 M. vorgefunden. — Auf dem Kolberger Güterbahnhofe wurden 2200 Liter Schnaps im Werte von 118,000 M. gestohlen. — Ein Riesenschwein wurde in Eberswinkel bei Münster von dem Metzgermeister F. Frohne geschlachtet. Das Tier hatte das ansehnliche Gewicht von 8 Ztr. Der Speck hatte eine Stärke von 14 cm. Der Verkäufer erhielt das Stückchen von 12,000 M. — Im Stadlinnern von Riga explodierten in dem dort gelegenen pyrotechnischen Laboratorium mit furchtbarer Gewalt die dort aufgespeicherten Feuerwerkskörper und setzten in kurzer Zeit das ganze Haus in Flammen. Drei Menschen kamen ums Leben. Außerdem erlitten zwei Frauen durch Sprung aus dem Fenster schwere Verletzungen. — In der Neujahrsnacht wurde Petersburg, wie jetzt erst über Kopenhagen bekannt wird, von einer gewaltigen Feuersbrunst heimgesucht. Die Redaktionslokale und die Druckerei der „Zvezdika“ sind vollkommen zerstört. Auch die Druckerei der „Krasnoja Gazetta“ hat unter dem Feuer stark gelitten. Nach dreizehnstündiger Löscharbeit gelang es, das Feuer Herr zu werden. — Den Werken der französischen Fremdenlegation sind nach den bisher bekannt gewordenen Einzelfällen im Jahre 1920 über 350 junge deutsche Leute im besetzten Gebiet zum Opfer gefallen. Die Franzosen halten auch in diesem Jahre zahlreiche Werbebureaus in den pfälzischen und rheinischen Städten aufrecht.

Telegramme.

Dresden, 13. Januar. Der Telefon-Dienst ist in der Lage, den Wortlaut des Briefes des künftigen Hofrats Rosenthal, den er gestern in Berlin C zwischen 7 und 8 Uhr zur Post gegeben hat und der hier 1/2 4 Uhr Nachmittags ausgetragen wurde, wiederzugeben. In dem Briefe teilt er mit, seine Tätigkeit habe sich auf Verhandlungen mit den Behörden und Kreditverhandlungen mit den Banken beschränkt. Der Brief ist an die Adresse seiner Frau gerichtet.

Berlin, 13. Januar. Die Presse ist sich im Allgemeinen einig, daß der Sturz des Kabinetts Legeres nicht in einem für Deutschland günstigen Sinne zu bewerten ist. Die großen politischen Blätter betonen übereinstimmend, daß Legeres deshalb gehen mußte, weil der Kammer seine Tonart besonders Deutschland gegenüber nicht scharf genug war. Damit wird auch die aktuelle Tatsache erklärt, daß das Ministerium wenige Tage vor Beginn der großen Pariser Konferenz der alliierten

Ministerpräsidenten gestürzt worden ist, da es sich gerade darum handelt, in diese Konferenz einen französischen Ministerpräsidenten zu entsenden, der stark genug sein würde, in der Entwaffnungsfrage vor England nicht zurückzuweichen. Das „B. L.“ sagt hierzu: Mit einer nur in dieser Kammer möglichen Ungeheuerlichkeit hat man ihn nicht auf der berühmten Orangefarbe ausgleiten lassen, sondern man hat klar und offen den hochpolitischen Grund des Kabinettssturzes bezeichnet. In der „Deutschen Zeitung“ heißt es: Man hat dem französischen Volke so lange etwas vorgeredet von der buchstäblichen Durchführung aller Beitragsbestimmungen, man hat unmögliche Summen, die Deutschland zahlen müsse, in das französische Budget eingestellt und sich so lange an den Gedanken des allmächtigen Frankreich in Europa geklammert, daß ein Rückschlag kommen mußte. Eine abweichende Charakteristik gibt die „Tägl. Rundsch.“. Sie schreibt: Das Ministerium Legeres war im Grunde genommen Geist vom Geiste der französischen Militaristen, vom Schlage des Herrn Marchalls Foch. Da das Ministerium die zu befolgende Politik innerhalb eines passenderen Rahmens zu beschreiten suchte, als es die Militaristen für zulässig erachteten, mußte es gehen.

Danzig, 13. Januar. Wegen unzureichender Ernährung in Warschau hat die spanische Gesandtschaft die polnische Hauptstadt verlassen und ihren Sitz nach Danzig verlegt.

Schwerin, 13. Januar. Das Staatsministerium hat seinen Rücktritt erklärt. Der mecklenburgische Landtag hat sich infolge der Rücktrittserklärung des Ministeriums auf Freitag Nachmittags vertagt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

Wien, 13. Januar. Die große Wiederaufbau Aktion für Oesterreich ist auf eine Notstandsauflage zusammenschumpft. Die französische Regierung hat sich entschlossen, Oesterreich zunächst ein französisches Darlehn in Höhe von 150 bis 200 Millionen Franken zu gewähren. Eine Delegation der französischen Regierung trifft möglicherweise schon heute in Wien ein und ist bevollmächtigt, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und die erforderliche Garantie von der österreichischen Regierung zu verlangen. Der Kredit würde ausreichen, die Versorgung Oesterreichs mit Lebensmitteln und Kohlen für die nächsten 5 bis 6 Monate sicher zu stellen.

Wien, 13. Januar. In der gestrigen Sitzung der Ernaute über den Preisabbau erklärte der Universitätsprofessor Wolfram, Oesterreich werde bald seinen Zusammenbruch erleben. Oesterreich ist tot, es lebe Deutschland! Werkmeister Werner stellte namens der technischen Union zwei Anträge: 1. Einführung der Todes- und Prügelstrafe für Schieber; 2. sofortige Durchführung der Urabstimmung über Anschluß an Deutschland, und zwar soll der 1. März der Tag des Anschlusses sein.

Wien, 13. Januar. Der Streik der Postangestellten ist gestern Abend 6 Uhr in Wien und zum Teil auch in der Provinz ausgebrochen. 37% der Angestellten, nämlich die Deutschnationalen und Christlich-Sozialen erklärten sich für arbeitswillig. Es wird aber bezweifelt, ob diese Zahl zur Aufrechterhaltung des Postbetriebes ausreicht. Falls die Forderungen nicht binnen 24 Stunden bewilligt werden, treten heute Abend die Telephon- und Telegraphenbeamten in den Streik.

Prag, 13. Januar. Die Postangestellten sind gestern Abend in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist die gleiche wie in Wien.

Prag, 13. Januar. Wie die „Tribuna“ meldet, wird Minister Dr. Benesch sich am 25. d. nach Rom begeben und sich dort eine Woche aufhalten. Zu diesem Zweck wird der italienische Gesandte in Prag, der seit vier Wochen in Italien weilte, seinen Urlaub verlängern.

Paris, 13. Januar. Die Botschafterkonferenz hat gestern Morgen unter Vorsitz Cambons eine Sitzung abgehalten. Der amerikanische Botschafter erklärte, daß seine Regierung, die den Versailles Vertrag nicht ratifiziert habe, es nicht für zweckmäßig halte, weiter eine Delegation bei der Konferenz beizubehalten. Er drückte seinen Kollegen seine persönliche Sympathie aus. Cambon gab im Namen der Konferenz seinem Bedauern Ausdruck, den amerikanischen Botschafter scheiden zu sehen. Der amerikanische Botschafter verließ darauf die Konferenz.

Paris, 12. Januar. Die französische Regierung ist heute Nachmittag gekürzt worden. In der Kammer wurden mehrere Interpellationen über die auswärtige allgemeine Politik der Regierung eingebracht und deren sofortige Besprechung verlangt. Die Regierung widersetzte sich dem und verlangte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der interalliierten Konferenz in Paris die Vertagung der Interpellation. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte darauf die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen ab. Das Kabinet ist damit gekürzt. Um 4.40 Uhr begab sich der Ministerpräsident begleitet von sämtlichen Ministern ins Elysee, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts zu überbringen.

Paris, 13. Januar. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß außer Raol Peret auch Sonart und Biviani als künftige Ministerpräsidenten genannt werden.

Literarisches.
Eingänge.

Die Beschaffung eines hübschen Einigungsleides ist jetzt die Sorge vieler Mütter. Die allbeliebte Kittelform, für den zarten Körper der jungen Mädchen besonders geeignet, ist Trumpf und Handstickereien aller Art geben den Kleibern ihre besondere Note. Halsfreiheit und kurze Ärmel bieten vielfach Gewähr, daß die Kleider auch als Sommerkleider recht gut gebraucht werden können. Diese Angaben sind der diesjährigen Ausgabe von Beyers Mode-Alben für Konfirmation und Kommunion, (in reizendes Heft, das für nur 2 M. (direkt vom Verlag Otto Beyer Leipzig, 2,20 M.) eine Fülle neuester leicht zu fertigender Modelle bringt).

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 14. Januar.
Callenberg mit Reichenbach. Abends 8 Uhr landeskirchliche Gemeinschaft im Konfirmandensaal.

1. Stadtverordneten Sitzung

Freitag, den 14. Januar 1921, Nachmittags 6 Uhr im Sitzungssaal.
Tagesordnung: Wahlen, Mitteilungen (Schulinderberufung, Stadtgutspacht), Leichenfrangengebühren.

Waldenburger Kriegsgedenkbuch.

Herausgegeben von der Stadt Waldenburg.
Inhalt: Verzeichnis der Gefallenen von Waldenburg, Altstadt Waldenburg und Altwaldenburg. — Massnahmen und Veranstaltungen zur Kriegswirtschaft und Kriegsfürsorge. — Die Liebestätigkeit des Roten Kreuzes. — Wirtschaftliche Massnahmen zur Sicherung der Volksernährung. — Einwirkungen des Krieges auf das Seminar. — Kriegerehrungen. — Anhang.
Preis 2 Mk. — In grösserem Format 3 Mk.
Verlag von E. Kästner in Waldenburg.

Achtung!

Nach beendeter Inventur gewähre ich jedem Käufer beim Einkaufe folgender Artikel bis zum 15. Februar, als:

Herren-, Burschen-, Knaben- u. Konfirmanden-Anzüge, Ulster, Joppen, Hosen und Westen, Aermelwesten.

: Unterhosen :

10% Rabatt,

Barchente, Bettzeuge, Zettinletts, Unterröcke, Damen-Blusen

5% Rabatt.

Job. Fischer Nachf.

Mais,

ganz, gerissen und geschrotet, und Melassefutter empfiehlt **Bruno Eisenschmidt, Altkadt Waldenburg.**

Wohnungstausch

zwischen Chemnitz und Waldenburg ev. auch einer anderen Stadt in der Preislage von 6—1200 M. wird vermittelt. Angebote sind unter Nr. W. 257 an die Exp. d. Bl. zu richten.

Ein Geschäftshaus mit Laden, schöne Lage, in Waldenburg zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter A. W. 263 an die Exp. d. Bl.

Kanonenofen zu kaufen ges. Altkadt Nr. 90 am Anger.

Eine 2jähr. Kalbe, schwarz-bunt, zu verkaufen; wo? zu erfahren in der Exp. d. Bl.

1 Paar gebrauchte Arbeitsgeschirre in gutem Zustande und 2 Einspänner-Ausfahrgeschirre verkauft **B. Lange, Zerisaun.**

Wohnungstausch

Leipzig-Waldenburg Preislage 6—1200 M. sofort gesucht. Adresse unter Nr. E. 256 an die Exp. d. Bl.

U.-T.-Lichtspiele!
Gasthof zum Hirsch, Altkadt Waldenburg.

Nur Freitag, den 14. Januar:
„Die Wilderer“
oder: Das ist der Fluch der bösen Tat. . .
Ergreifendes hochgebirgs Drama in 5 Akten.
Dazu das originale Lustspiel:
2 Akte! „Spiesecke“ 2 Akte!
sowie **Meister-Woche.** Aktuell!
Als Extra Einlage **Gesangs-Vortrag** von Fräulein **Elisabeth Storch**, beliebte Solo- und Filmsängerin.
Kasseneröffnung 1/8 Uhr. Anfang Punkt 8 Uhr.
Hochachtungsvoll **die Direktion.**

Hirsch. Ball.
Sonntag von 6 Uhr an
Ergebnis ladet ein **Paul Knepper.**

Gasthof zum Wieratal, Niederwiera.
Sonntag, den 16. Januar, ladet zum **Jugendbauernball** freundlichst ein **E. Berger.**

Obstbauverein

Waldenburg und umg.
Sonntag, den 16. Januar, 4 Uhr Nachmittags im **Nationaler Waldenburg**
Jahreshauptversammlung.
Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen, Mitgliedereaufnahme, Verschiedenes.
Vortrag über **Formobstbau.** Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand. Gäste willkommen.

Kunsthonig, Pfund 6.50, Bäcklinge, Eyrotten, reifen Sahnläse, 1/4 Pf. 3.75 empfiehlt **Baldwin Tekner.**

„Amicitia“.
Nächsten Sonnabend Abend 8 Uhr im **Deutschen Haus** **Berksammlung.** Fastnachtsvergünstigen betr. Wohlwähliges Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Rechnungen 1/4, 1/2 u. 3/4 Bogen empf. **E. Kästner, Buchdruckerei.**

Druckfachen liefert schnell **E. Kästner.**

Dank.
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Tode und Begräbnisse unserer lieben Tochter und Schwester **Lidia**
sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Pastor Jabel für seine trostreichen Worte am Grabe und Herrn Lehrer Wolf für seinen erhebenden Gesang.
Langenchursdorf, den 13. Januar 1921.
Die trauernde Familie **Ernst Schubert.**